

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0 oder -17
Handy: 0172/ 61 55 99 7
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 19. September 2006

Studienbeitragsgesetz

Kritik der Ausländerbeiräte auch nach Nachbesserungen

agah begrüßt Rücknahme der Sondergebühr für Ausländer/Gesetz erschwert weiterhin den Zugang zu Bildung

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, Yilmaz Memisoglu, hat die Rücknahme der erhöhten Studiengebühren für ausländische Studierende begrüßt. „Wir freuen uns, dass die CDU-Fraktion zumindest in diesem Punkt unserer Forderung gefolgt ist. Alles andere wäre eine perfide Diskriminierung und ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz gewesen,“ so Memisoglu.

Der Vorsitzende bedauerte jedoch heftig, dass die CDU weiter an der grundsätzlichen Einführung der Studiengebühren festhalte: „Die Nachbesserungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Gesetz im Grundsatz sozial Schwächeren den Zugang zu Bildung erschwert,“ bekräftigte Memisoglu die Kritik des Landesausländerbeirats.

Gerade Kinder aus bildungsfernen oder ärmeren Bevölkerungsschichten, darunter viele Migrantenkinder, würden damit von der Aufnahme eines Studiums abgehalten. Die Möglichkeit eines Darlehens oder die Anhebung der Einkommensgrenze bei der Rückzahlung werde daran nichts ändern. Das finanzielle Risiko eines Darlehens stelle eine so hohe Hürde da, dass in Zukunft noch weniger Migranten hessische Hochschulen besuchen werden.

„Das Land braucht viele kluge Köpfe“, betonte agah-Vorsitzender Memisoglu. „Ein Land ohne gerechte Bildung wird aber verkümmern. Das Gesetz ist deshalb noch immer so überflüssig wie ein Kropf!“